

## **Trump verspricht Unterstützung für IVF: Ein neuer Kurs zur Familienförderung?**

Donald Trump verspricht, dass die US-Regierung künstliche Befruchtung bezahlen wird, um Familien zu unterstützen.

Washington/Pottersville - In einem auffälligen Vorstoß hat der frühere Präsident Donald Trump, der nun erneut als republikanischer Präsidentschaftskandidat ins Rennen geht, eine bemerkenswerte Initiative vorgestellt, die sich gezielt an Frauen und Familien richtet. Bei einer Rede in Pottersville, Michigan, kündigte Trump an, dass die US-Regierung, sollte er die Wahl am 5. November gewinnen, die Kosten für künstliche Befruchtung, auch als In-Vitro-Fertilisation (IVF) bekannt, übernehmen werde. Alternativ sieht er vor, dass Versicherungen verpflichtet werden, für diese medizinischen Behandlungen aufzukommen - ein durchaus unkonventioneller Standpunkt für die Republikanische Partei.

„Wir wollen mehr Babys, um es nett auszudrücken. Das ist nicht nur ein Wunsch, sondern auch notwendig für die Familien“, erklärte Trump und betonte, dass er frischgebackenen Eltern größere steuerliche Abzüge für Ausgaben im Zusammenhang mit Neugeborenen ermöglichen möchte. Er hob hervor, dass die Kosten für künstliche Befruchtung viele Familien vor eine enorme finanzielle Herausforderung stellen. „Das hat noch niemand so gesagt, und wir wollen das ändern“, so Trump. Er ist überzeugt, dass diese Maßnahme vielen Familien helfen würde, die mit finanziellen Hürden bei der Familienplanung kämpfen.

### **Der Hintergrund des Wahlkampfthemas**

Die Diskussion über künstliche Befruchtung ist im US-Wahlkampf von erheblicher Relevanz, besonders nach einem richtungsweisenden Urteil des Obersten Gerichts in Alabama zu Beginn des Jahres. In diesem Urteil wurden eingefrorene Embryonen als Kinder betrachtet, was dazu führte, dass mehrere Kliniken in Alabama die IVF-Behandlungen vorübergehend einstellten. Grund hierfür waren zahlreiche rechtliche Unsicherheiten und drohende Klagen auf Schadensersatz. Dieses Urteil spiegelt die Position der Abtreibungsgegner wider, die für den rechtlichen Schutz von Embryonen und Föten eintreten.

Das Thema fand breite nationale Beachtung, und etliche Republikaner taten sich schwer damit, eine klare Stellungnahme abzugeben. Im Anschluss an die Entscheidung bot das Parlament in Alabama schließlich eine Regelung an, die den Zugang zu IVF gewährleisten soll. Trump, der vor diesem Hintergrund erneut seine Unterstützung für künstliche Befruchtung erklärte, traf damit offenbar den Nerv vieler Amerikaner, denn die Mehrheit der Bevölkerung ist für diese Behandlungsform.

Die Demokraten hingegen äußern eindringliche Warnungen, dass die Rechte von Frauen in den USA gefährdet seien, besonders in Anbetracht der vor zwei Jahren durch das Oberste Gericht aufgehobenen Abtreibungsrechte. Trump selbst hat während seiner Präsidentschaft mehrere Richterposten am Obersten Gericht neu besetzt, was zu einer deutlichen Verschiebung nach rechts geführt hat. Diese Veränderungen haben es den aktuellen Richtern ermöglicht, weitreichende Entscheidungen in Bezug auf Frauenrechte und reproduktive Gesundheit zu treffen.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**